



2000/31 dschungel

<https://jungle.world/artikel/2000/31/ueberleben-im-dschungel>

Staying Alive

Überleben im Dschungel

Von **Bernd Beier Anton Landgraf Ferdinand Muggenthaler Heike Karen Runge Maik Söhler Ralf Schröder**

Jungle World wird drei Jahre alt. In diesem Alter sollte man langsam wissen, was man ist

Seit drei Jahren trotz *Jungle World* ohne viel Gejammer dem Zeitungsmarkt ein halbwegs gesichertes Überleben ab. Die Redaktion ist unabhängig, demokratisch organisiert und macht die Zeitung, die sie mag. Was kann schöner sein, als in solch einem Projekt zu arbeiten?

Heike Runge: *Jungle World* versteht sich als linkes Projekt, manchmal fragt man sich aber, was an dieser Workgroup-Organisation so toll sein soll. Jede Start-up-Bude organisiert sich ähnlich, marktgerecht eben.

Ferdinand Muggenthaler: Diese Diskussion ist doch ein alter Hut. Ich erinnere mich an einen Beitrag von Hermann L. Gremliza vor einigen Jahren. Er zitierte aus dem Programm einer Manager-Schulung und es klang wie aus einer Selbsterfahrungsgruppe. Dass sich emanzipatorisch gedachte Formen in Mittel zur Steigerung der Arbeitseffektivität transformieren, war schon mitreflektiert. Deshalb hatten wir auch keinen emphatischen Begriff von Selbstverwaltung. Dass wir zum Beispiel behauptet hätten, über die Arbeitsformen die Gesellschaft zu verändern, oder dass wir in einer unentfremdeten Parallelökonomie arbeiten würden.

Runge: Man ist im Volleinsatz für ein Scheiß-Gehalt und steckt genau in diesem Ding drin, das man an anderer Stelle kritisiert.

Bernd Beier: Wenn du nicht definieren kannst, warum du so ein Projekt machen willst, kannst du es gleich vergessen. Ohne den berühmt-berüchtigten ideellen Überschuss funktioniert das nicht.

Anton Landgraf: Der ideelle Überschuss liegt nach wie vor in dem Privileg, dass wir die Bedingungen in der Zeitung selbst festlegen und organisieren können. Bis hin zu der Freiheit, den Laden dichtzumachen.

Runge: Was ist denn das für eine Autonomie zu sagen, wir sind platt und sperren den Laden zu?

Landgraf: Dass die komplette Verfügungsgewalt in den Händen derjenigen liegt, die darin arbeiten, bedeutet in letzter Instanz auch das. Wir sind niemandem verpflichtet - weder einem Verleger noch dem Weltgeist.

Muggenthaler: Realistischer ist, dass die ökonomischen Zwänge uns irgendwann zusperren, als dass wir sagen: So, das war's jetzt.

Wenn die Redaktion ihre Arbeit nur karg entlohnen kann, muss der »ideelle Überschuss« aber schon ordentliche Dimensionen haben.

Maik Söhler: Da spielt die Verbindung von Arbeit und Politik eine Rolle. Man macht ja die Zeitung nicht ohne Diskussionen. Das verbindet zwei Ebenen, die bei vielen von uns vorher getrennt waren: Man hat studiert oder gearbeitet und war nebenher politisch aktiv. Hier wird beides verbunden, und das ist gut so. Zum einen - klar - weil ich die Zeit nicht mehr habe, mich anderswo politisch zu engagieren. Zum zweiten, und das ist der Zugewinn, dass hier über Themen diskutiert wird, über die ich sonst nicht oder nicht mehr diskutiert hätte. Manche Sachen kann man ja einfach nicht mehr hören, und doch bin ich bei *Jungle World* gezwungen, dazu immer wieder Positionen zu formulieren.

Muggenthaler: Für mich war es auch biografisch so, dass meine Entscheidung für Journalismus auch politisch motiviert war. Die verschiedenen Fraktionen der radikalen Linken hatten ihre Attraktivität verloren. Nach dem Ende der Bewegungen brutzelten die übrig gebliebenen Milieus noch mehr im eigenen Saft, und ich sah keinen großen Sinn mehr, da zu verharren. Gleichzeitig brauche ich zumindest eine Plattform, von der aus sich kritisch reflektieren lässt. Dazu stellt die *Jungle World* ein Chance dar, und auch deshalb hänge ich an der Zeitung. In Zeiten mit einer emanzipatorischen Bewegung, die eine gewisse Stärke und Attraktivität hat, wäre zumindest das Verhältnis zur Zeitung ein anderes.

Deshalb auch eine Zeitung mit einer relativen Breite an politischen Ansätzen, aber nicht als reines Nebeneinander, sondern als Versuch, diese in eine produktive Auseinandersetzung zu stellen. Während also einige auf das Verschwinden einer relevanten Linken mit Einigeln im Mief der eigenen Kleinszene reagieren, ist das hier genau der umgekehrte Versuch, nicht in der Privatheit zu verschwinden.

Landgraf: Und das ist bisher gelungen. Wir haben in den drei Jahre eine Zeitung aufgebaut, die überregional verkauft wird, eine für linke Publikationen eher ungewöhnliche Auflage hat, und die zur Kenntnis genommen wird. Das ist doch eine Einflussmöglichkeit.

Muggenthaler: Auf der individuellen Ebene - für einen politisch eingreifenden Menschen ist das natürlich richtig. Auf einer Makroebene davon zu sprechen, dass *Jungle World* Macht hat, ist allerdings nur großspurig.

Landgraf: Nicht die Macht, realpolitisch Ereignisse zu verändern, aber die Macht, Positionen zu formulieren und zu veröffentlichen. *Jungle World* ist diskursmächtig. Und wie viele Zeitungen wurden denn in dem Spektrum im Lauf der letzten Jahre gegründet? Die einzig halbwegs vergleichbare Gründung war vielleicht die taz Ende der Siebziger.

Muggenthaler: Aber die war in einem Spektrum verankert und hat die Entwicklung der Grünen mitgemacht, wenn nicht vorweggenommen.

Die Zeitung existiert, weil zwei Fraktionen in der Redaktion der *jungen Welt* nicht mehr miteinander konnten. Von den politischen und journalistischen Ansprüchen und Interessen her war aber auch die *Jungle World*-Truppe recht vielfältig besetzt. So etwas wie ein publizistisches Programm wurde weder bei der Gründung noch später formuliert. War es deshalb möglich, dass die neue Zeitung als Tabula rasa betrachtet und von verschiedenen Seiten der Versuch unternommen wurde, dieses Terrain inhaltlich zu besetzen?

Beier: Am Anfang war klar, dass die Zeitungslinie sich erst mal aus der Negation dessen, was die andere Fraktion in der *jungen Welt* vertreten hat, definierte. Da war zum einen natürlich die scharfe Abgrenzung gegen Antisemitismus, die anderen Negativ-Begriffe waren Nationalbolschewismus, Homophobie, Ost-Identitätspolitik - es war mir zum Beispiel noch nie plausibel, wie man der starken Nazi-Bewegung im Osten ausgerechnet mit einem ostdeutschen Nationalismus entgegentreten wollte. Oder wie man mit diesem nostalgischen Blick den Realsozialismus begreifen wollte, schließlich war es die Bürokratie selbst, die die katastrophenhafte Modernisierung im Realsozialismus angeleiert hat.

Landgraf: Zu Beginn dominierte die gemeinsame Abgrenzung der Undogmatischen gegen die Orthodoxen. Die inhaltliche Differenzierung erfolgte dann vor allem in der Gollwitz-/Goldhagen-Debatte. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, was von den theoretischen Grundlagen der Linken noch brauchbar ist, angesichts von linkem Antisemitismus, angesichts dessen, dass sie mit ihren traditionellen Kategorien den Holocaust nicht wie Goldhagen als das »deutsche nationale Projekt« beschreiben konnte. Aber im Subtext ging es auch darum, ob die Zeitung zum Sprachrohr eines bestimmten Lagers wird. Oder ob sich verschiedene Strömungen äußern können, ob es nicht um Propaganda, sondern um Debatte geht.

Runge: Ich finde, die Tabula-rasa-Metapher trifft es nicht. Wir haben uns von Anfang an als politische Zeitungsmacher verstanden, aber eben nicht als Politgruppe mit klarem Kampfauftrag. Das Produkt, das wir machen, also eine Wochenzeitung, verlangt eine gewisse Offenheit. Und dass es keine Programmatik gab und gibt, stimmt ja so auch nicht. Es ging doch darum, linke Ideologien noch mal auf den Prüfstand zu stellen, weil sich zeigte, dass das Links-Rechts-Schema zu grobschlüchtig und außerdem ziemlich durcheinander geraten war. Es taugte nicht dazu, die antisemitische, autoritäre, nationalistische oder antifeministische Positionierung von Linken darzustellen. Die Goldhagen-Debatte handelte davon, genauso die Debatten-Reihe zur Arbeit, wo deutlich wurde, wo man wieder landen würde, wenn man nur diese soziale Frage stellt, nämlich - bitte nach rechts, erste Tür links - im Arbeitslager. Der Ansatz war deshalb, auf das Crossover von Links und Rechts zu reagieren. Das Statement lautete, dass wir mit linken Begrädnigungsphantasien nichts zu tun haben wollen, und der Name *Jungle World* zielte in diese Richtung.

Im Wettbewerb um die Einnahme des Terrains, etwa während der Auseinandersetzung über Antisemitismus zwischen - vereinfacht gesagt - postmodernen Diskurstheoretikern und Wertkritikern und später während der Kosovo-Debatte haben sich ja auch einige Autoren verabschiedet. Sind durch diese Ausdifferenzierung Defizite erwachsen? Oder haben die Auseinandersetzungen umgekehrt dazu beigetragen, das Profil der Zeitung schärfer zu machen?

Söhler: Dass nicht immer die gleichen Matadoren antreten, ist gut so. Zu manchen Themen haben sie ohnehin nicht viel zu sagen. Zum Beispiel zur Entwicklung der EU, die wir uns ja zu einem Schwerpunkt gemacht haben, oder in der Diskussion um Gentech-/Technologiekritik. Das Totlaufen der alten Debatten forciert unsere Versuche, den begrenzten Rahmen zu verlassen. Der Blick über den deutschen Tellerrand: Wie wird in Frankreich die Gentech-Debatte geführt, wer diskutiert in den USA über die Wertkritik, wie reagiert die italienische Linke auf Haider und Berlusconi? Das kann der Zeitung nur gut tun. Trotzdem hätten wir manchen Autoren sicherlich gerne behalten.

Landgraf: Aber nicht die Form der Debatte. In der Schlacht Postmoderne gegen Wertkritik hat sich gezeigt, dass auch die so genannte undogmatische Linke im Zweifelsfall autoritär reagiert - und jeweils die Meinungsführerschaft für sich beansprucht. Wenn das nicht klappt, entdeckt man den Feind in den eigenen Reihen. Und der ist natürlich immer der Schlimmste. Hinzu kommt, dass diese Diskussionen oft sehr verbissen geführt werden. Für die Beteiligten mag es um entscheidende Unterschiede gehen, für Außenstehende ist dies aber häufig kaum mehr nachvollziehbar. Von außen betrachtet erinnert dieses unermüdliche Feilen an den Unterschieden ein wenig an den von Jonathan Swift geschilderten Krieg zwischen Spitzendigen und Flachendigen auf der Insel Lilliput, wo Gulliver Zeuge wird von Massakern zwischen denen, die die Eier am spitzen Ende und denen, die sie am flachen Ende aufschlagen wollen.

Beier: Für mich hat die *Jungle World* die Aufgabe, Kritik zu organisieren und zu schärfen. Und dann stellt sich die Frage: Wozu macht man eine Diskussion, wenn anschließend alle Argumente einfach friedlich nebeneinander stehen bleiben? Einige erweisen sich doch im Verlauf der Debatte als unbrauchbar, andere stechen. Und wenn der Vorwurf des Autoritarismus kommt, weil man sich nicht auf einen völlig beliebigen Pluralismus einlassen will, kann ich nur sagen: Die Wahrheit ist auch autoritär; da wird die Unwahrheit ausgegrenzt.

Landgraf: Dann bleibt nur noch die Frage, was ist wahr und was nicht. Und welcher Papst trifft die Entscheidung?

Runge: Die Goldhagen-Debatte war für alle spannend und hatte eine Art Initiationscharakter. Ab einem bestimmten Punkt ist sie aber zu einem Schaukampf geraten, mit dem die Redaktion nicht mehr viel zu tun hatte. Natürlich wollen wir Auseinandersetzungen organisieren, aber lediglich als Debatten-Manager oder Moderator aufzutreten, ist mir auch zu wenig.

Söhler: Das waren wir auch nie. Wenn wir die Zeitung nur über ihre großen Konflikte definieren, bekommen wir nur das halbe Bild. Für die allwöchentlichen Berichterstattung haben wir ja bestimmte Maßstäbe und Standards entwickelt - nicht nur formal, sondern auch inhaltlich. Da kommen auch die - vorläufigen - Erkenntnisse zum Tragen, die aus den Debatten gewonnen werden. Sei es, dass wir in der Themenwahl besonders Augenmerk auf Pogrome gegen Roma richten, antisemitische Stereotype bei Anti-IWF-Aktivistinnen entdecken oder wie wir über nationale Befreiungsbewegungen berichten, da drückt sich bei aller Debattenfreudigkeit ein Standpunkt aus, der uns die Themen und Fakten anders auswählen lässt als andere Zeitungen.

Harsche Vorwürfe an die Redaktion hat es dann von links während des Kosovo-Krieges gegeben. Die Zeitung sei ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden, sie habe die deutsche Verantwortung und die deutschen Interessen nicht entschlossen genug angeprangert; mit der Kritik des serbischen Nationalismus habe sie sich auf Nebenschauplätze begeben.

Muggenthaler: Da muss man erst mal klarstellen, dass es in der *Jungle World* keine Kriegsbefürwortung gab. Akzeptieren kann ich die Kritik, dass wir in den aktuellen Berichten der Außendarstellung der Nato nicht genug entgegenzusetzen hatten. Dass war aber vor allem unseren knappen Kapazitäten geschuldet, wir hatten kaum die Möglichkeit zur eigenen Recherche. Trotzdem konnten wir bei dem angeblichen Massaker von Racak schon sehr früh Informationen liefern, die die Massakerversion als Propaganda kenntlich machten. Erst nach dem Krieg konnte man das dann auch in der *Berliner Zeitung* oder der *Frankfurter Rundschau* lesen.

Die politische Kritik an unserer Arbeit während des Kriegs wird aber von einem merkwürdigen Impuls getragen: In Kriegszeiten sollen auch die Kriegsgegner selbst gedanklich die Reihen fest geschlossen halten. Deshalb nur berichten, was die Nato und Deutschland entlarvt, nicht über die Zusammenhänge in Jugoslawien nachdenken. Vor lauter »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« wird so Jugoslawien im eigenen Denken zur leeren Projektionsfläche.

Söhler: Aus dieser Haltung wurde sogar kritisiert, dass wir damals den Kriegsbefürworter Ignatz Bubis - es ging um die Instrumentalisierung der Shoah - interviewt haben. Als könnte das die Leserinnen und Leser in ihrer Kriegsgegnerschaft zu sehr verunsichern. Eine Art Verblödungsgebot, das mit Antisemitismus einhergeht.

Runge: Der Punkt, an dem die Redaktion nicht mehr mitging, war doch die Forderung, mit Serbien als Staat solidarisch zu sein. Als Antideutsche eingefordert haben, selbst noch den serbischen Nationalismus zu rechtfertigen.

Beier: Berechtigt ist allerdings der Einwand, dass man zwischen völkischem und republikanischem Nationalismus differenzieren muss. Es ist doch kein Zufall, dass die *FAZ* schon vor Jahren ihr Herz für den bewaffneten Kampf entdeckt hat - den der UCK. Oder dass die Konstellationen aus dem Zweiten Weltkrieg sich wiederholen: Deutschland mit seinem völkischen Staatsbürgerrecht von Anfang an auf der Seite des völkisch-albanischen UCK-Nationalismus. Ob der Umkehrschluss stimmt, dass der serbische Nationalismus ein republikanischer ist, ist eine andere Frage. Zumindest wurde versucht, in Dossiers und Debatten die wichtigsten radikalen Argumentationslinien aufzunehmen: etwa die Frage, welche Interessen die verschiedenen Nato-Staaten mit dem Krieg verfolgen - oder ob der Krieg gegen Jugoslawien aus solchen Interessen gerade nicht ausreichend erklärt werden kann, dass möglicherweise ein kollektives Durchknallen von Staat und Staatsvolk in Betracht gezogen werden muss. An diesen Punkten haben wir versucht, die verschiedenen Fraktionen in eine Debatte zu verwickeln.

Landgraf: Beim Kosovo-Krieg trat ein ähnlicher Reflex auf wie bei der Goldhagen-Debatte: die Forderung nach Eindeutigkeit. In der Kriegsfrage wurde es dann auf die Spitze getrieben, frei nach dem Diktum von Carl Schmitt: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.« Und dazwischen gibt es nichts. Das ist eine fatale Logik. Denn wieso muss man den serbischen Nationalismus affirmieren, wenn man Deutschland und den Nato-Krieg kritisiert?

Fatal ist zudem, dass man in der Schmidtschen Logik gezwungenermaßen auf Kategorien zurückgreifen muss, die keinen emanzipatorischen Gehalt mehr haben, damit die Propaganda funktionieren kann. Eine Anti-Kriegsbewegung kann auf diese Weise nicht vorangetrieben werden.

Muggenthaler: Uns wird vorgehalten, zu wenig gegen die Propaganda der Massenmedien vorgegangen zu sein. Zum Teil muss da eine Geringschätzung unseres Publikums vorliegen.

Zwar schreiben wir nicht nur für linke Milieus, die sich in ihren Gewissheiten nicht erschüttern lassen, aber wir konkurrieren doch nicht mit der *Bild*-Zeitung. Wir haben auch auf die Intelligenz der Leser gesetzt und dann so etwas wie die *Deutsche Fliegerzeitung* gemacht, die nur aus Originalzitatzen von Bild bis Süddeutscher bestand. Das war neben analytischen Artikeln wie von Georg Seeßlen unsere Medienkritik.

Resümee aus der Goldhagen- und Kosovo-Debatte: Immer, wenn es spannend wird, versagt die linke Debatte. Dann wird es autoritär, verhärtet, ein Verlangen nach linker Frontbegradigung wird laut. Hat nicht eine Redaktion, die - beispielsweise - auf die streitbare Koexistenz der verschieden motivierten Kriegsgegner setzt, dann die Arschkarte, weil die Auseinandersetzung flacher wird, wenn sich Leute aus der Debatte verabschieden?

Söhler: Hier zeigt sich, was es so schwer macht, einen Plattform-Ansatz zu realisieren: Der Ernstfall kommt, die Leute reagieren gereizt und die Konflikte sind auch durch eine Redaktion nicht mehr in einer sinnvollen Bahn zu halten - zumal es auch hier unterschiedliche Ansätze gibt. Wenn die Leute dermaßen aufeinander losgehen, dass sie anschließend nicht mehr miteinander sprechen bzw. in derselben Zeitung schreiben wollen - wie soll eine Redaktion damit umgehen? Den Rahmen enger stecken oder einfach alles durchgehen lassen? Wenn ein Kriegsgegner, nur weil er deutschnational oder autoritäre Tendenzen bei anderen Kriegsgegnern kritisiert, zum Kriegsbefürworter umgelogen wird, dann ist bei mir Schluss.

Runge: Selbstkritik ist ja gut und schön, aber ich finde, man sollte nicht allzu zerknirscht reagieren. Da werden die Versager-Vorwürfe, wie sie zum Beispiel von Jutta Dithfurth und Jürgen Elsässer kamen, völlig überbewertet. Wenn Jungle World kein Zentralorgan sein will, muss man auch mal mit den Schultern zucken und sagen: »Nö, vielen Dank, hier gibt es dann eben keinen Konsens.« Ein paar Leute haben sich über den Kosovo-Krieg auseinanderdividiert, andererseits gibt es neue Anschlüsse, Leute, gerade auch aus der Kultur, die neu hinzukommen, weil sie sich in diesem Kontext, den wir stellen, ganz gut aufgehoben fühlen.

Beier: Aber das alles ist doch ganz schön mickrig. Das Problem ist doch: Was in den achtziger Jahren noch als so genannte Neue Soziale Bewegung agiert hat, hat sich mittlerweile in Wohlgefallen aufgelöst. Die Friedensbewegung mit ihrer deutschnationalen Rhetorik wurde einfach in die staatliche Politik integriert. Deutsche Friedenspolitik heißt heute: Wir bomben von uns definierte »Diktatoren« weg - weltweit. Und das, was in den Achtzigern als linke Anti-Kriegsbewegung bekannt war, konnte im Kosovo-Krieg nur seine Ohnmacht darstellen. Es gab keinerlei Versuche, wie etwa in Italien oder Griechenland, die Kriegsmaschine selbst anzugehen. Damit wurde bestätigt, dass eine radikale Bewegung nicht mehr existiert. Und das stellt eine kritische Publizistik auch vor große Probleme, weil man nicht mehr aus bestimmten handlungsfähigen Milieus schöpfen kann.

Ist das wirklich ein so großes Defizit? Beim Lesen der *Jungle World* kommt selten der Eindruck auf, die Redaktion trauere den festgefühten sozialen Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte hinterher. Vielmehr legt doch die Redaktion bei der Besichtigung des aktuellen linken Aktivismus viel Phantasie an den Tag, zwischen Jux und Bierernst. In gewisser Weise ist doch die real existierende *Jungle World* geradezu ein Reflex auf die Parzellierung des restlinken Aktivismus und deshalb gibt es in der Zeitung auch keine klar gepolte Haltung dazu. Andererseits haben natürlich die verbliebenen Aktivisten Ansprüche an die *Jungle World*. Von deren Seite hört man

nicht selten folgenden Vorwurf: Statt froh zu sein, dass es überhaupt noch Leute gibt, die etwas machen, macht sich die *Jungle World* über sie lustig.

Muggenthaler: Das ist eine Auseinandersetzung, die wir ständig haben. Wir setzen uns kritisch mit den linken Bewegungsformen auseinander, gleichzeitig beziehen wir uns auch auf sie. Und das ist ein ständiger Konflikt, bei dem auch in der Redaktion immer beide Seiten vertreten sind. Wir nehmen Bezug auf die Aktivisten der Flüchtlingspolitik, Antifas, Kulturlinke, auf Antideutsche und Werttheoretiker, die aber im realen Leben sehr wenig miteinander zu tun haben. Das spiegelt sich auch in Leserreaktionen, irgendjemand vermisst immer seinen Stallgeruch.

Runge: Stichwort: unsolidarische Witze. Gibt es die bei uns so häufig? Irgendwann hat mal eine Autorin über Antifa-Mackertum gelästert und Ivo Bozic über die Luxemburg-Liebknecht-Demo gelacht, das war's dann aber auch schon.

Landgraf: Die Kritiken sind durchaus ausgewogen: Während die einen kündigen, weil wir eine antideutsches Wochenblatt seien, wollen andere mit uns nichts mehr zu tun haben, weil wir angeblich ein postmodernes Zeitgeist-Magazin produzieren.

Muggenthaler: Wo sonst werden diese Aktionen so wichtig genommen, dass noch darüber gestritten wird? Das begreifen leider viele Aktivisten nicht, die meinen, das Wichtigste sei, dass sie lobend erwähnt werden. Für mich ist es wichtig, dass es einen Bezug gibt zu Leuten, die noch versuchen, sich in Aktionen den herrschenden Verhältnissen zu widersetzen. Aber eine linke Zeitung wäre stinklangweilig, wenn sie als Promotion-Organ funktionieren würde.

Abgesehen von der Auseinandersetzung mit linken Bewegungen und Aktionen ist erkennbar, dass die *Jungle World* nach Publikum auch jenseits dieser Milieus sucht. Die mittlerweile abgegraste Diskussion über die subversiven Qualitäten von Love Parade oder Techno beispielsweise wollte in einen Raum hineintasten, in dem die traditionelle Antifa-, Antira- oder Friedensbewegung nicht unbedingt zu Hause ist. Ließe sich aus solchen Ansätzen, aus der Suche nach neuen Bezugspunkten, so etwas wie ein zeitungstrategischer Ansatz formulieren oder liegt die Stärke der *Jungle World* darin, dass sie einen solchen weder hat noch braucht?

Landgraf: Die Frage, die zuvor gestellt werden sollte: Welche definierten Gruppen lassen sich überhaupt ausmachen? Was die Beute zum Beispiel Anfang der Neunziger versuchte - die Pop mit der politischen Linken zu verbinden - basierte noch auf relativ konstanten Milieus. Heute sind die Voraussetzungen anders. Eine homogene Szene mit einer kohärenten politischen und lebensbiographischen Einstellung, wie es vielleicht bei den sozialen Bewegungen noch der Fall war, existiert nicht mehr.

Damit wird es natürlich schwierig, eine strategische Zielgruppe zu benennen. Vielleicht alle, die noch halbwegs bei Trost sind? Die ihren Verstand noch nicht abgegeben haben?

Die Frage nach einer Art »strategischem Konzept« erschöpft sich aber nicht in der Frage nach dem bisherigen und dem potenziellen Adressatenkreis für die Zeitung. Wenn man in etablierten Marktkategorien rechnet, ist der Witz an der *Jungle World* doch vielleicht gerade, dass sie nicht auf die Nachfrage verschiedener klar identifizierbarer Gruppen und Milieus abgestellt ist, sondern in vielerlei Hinsicht ein bisher nicht existierendes Angebot mit ganz eigenen Qualitäten darstellt.

Muggenthaler: Ich fände es nicht ehrenrührig, wenn wir eine klarere Strategie gehabt hätten. Aber unser Konzept hat sich eher aus der Zusammensetzung der Redaktion ergeben. Und im Nachhinein können wir feststellen, dass wir es geschafft haben, ein relativ breites Spektrum in einer Zeitung in ein relativ produktives Verhältnis zu bringen.

Runge: Um mal von dieser Programmatik-Diskussion wegzukommen: Wenn man fragt, welche Idee verfolgt *Jungle World*, welche Vorstellungen existierten bei der Gründung und welche Definitionen sind vielleicht verloren gegangen, dann ist es doch die Idee, dass wir über die Form politisieren wollen. Es kann ja nicht damit getan sein, irgendwelche Standards des Zeitungsmachens zu erfüllen, sondern es geht darum, dass jede Zeitung eine ihr eigene Form erfinden muss, in jeder Ausgabe muss diese Form wieder neu hergestellt werden, und das ist genauso wichtig und genauso anstrengend wie die Suche nach linksdrehenden Themen. Das ist doch entscheidend. Das ist doch das Tolle bei *Jungle World*: Dass sich eine linke Zeitung nicht als ein Sack für Flugschriften definiert hat, dass die Redaktion nicht gesagt hat, her mit den Inhalten, alles andere ergibt sich schon, sondern Kritik und Gestaltung, Inhalt und Form, Text und Bild als gleichberechtigt betrachtet hat, also nicht nur überlegt hat, was soll man schreiben, sondern auch wie soll man es schreiben.

Lässt sich das präziser beschreiben, wie der Unterschied zur traditionellen linken Publizistik aussieht?

Runge: Klar war natürlich, dass man mit dem Siebziger-Jahre-Konzept von Gegenöffentlichkeit Ende der Neunziger keine Zeitung mehr machen kann, denn es ist ja nicht so, dass die anderen Blätter nicht genehme Fakten einfach zurückhielten. Selbst in der Kosovo-Kriegsberichterstattung lief das nicht simpel auf Unterschlagung von Fakten hinaus, da aber sicher noch am ehesten. Dem Umstand, dass sich Öffentlichkeit heute pluraler organisiert, muss eine linke Zeitung doch Rechnung tragen, sie kann sich eben nicht ohne Weiteres als investigative Gegenöffentlichkeit definieren. Klassische linke Herrschaftskritik funktioniert nicht mehr, super These, aber diese Distanz zur offiziellen Politik muss sich erst mal in der Art und Weise zu schreiben bemerkbar machen. Welche Sprechposition kann man einnehmen, wie spricht man denn seine paar Leser an, wie kann die wütende Polemik funktionieren, wenn klar ist, dass sie keine Massen, sondern nur bestimmte Leute erreicht? Betreibt man unverdrossen Agitation als Dienst an jedem einzelnen Abonnenten? Tut man also so, als habe man noch nicht mitgekriegt, dass man keine Debatten-Hoheit hat?

Das klingt nun reichlich defensiv ...

Runge: Oft wirkt es doch so, als seien Linke im falschen Film, zum Beispiel wenn die Kommunisten am Grab von Liebknecht/ Luxemburg feiern, aber auch wenn Pierre Bourdieu in der Humboldt-Uni was vorträgt. Und zwar auch deshalb, weil die sich ein großes Auditorium halluzinieren und es dann beschallen, aber dieses Auditorium existiert gar nicht. *Jungle World* hatte sich von Anfang an vorgenommen, das ein bisschen anders zu machen, also diese Suchbewegungen, um die es inhaltlich-politisch geht, auch formal, in der Sprache, zu reflektieren, d.h. also nicht rechthaberisch-auftrumpfend rumzudröhnen, aber auch nicht narzisstisch-selbstgenügsam vor sich hin zu puzzeln. Beides wirkt depolitisiert, und der Versuch, es anders zu machen, ist kein Marketing-Schnickschnack, sondern ist natürlich politisch. Es kann nicht darum gehen, sich auf irgendwelche künftigen Autoritäten zu beziehen, diesen linken Gestus zu imitierten, der einem damit kommt, dass man zwar momentan noch in

beschissenen kapitalistischen Verhältnissen lebt, aber dass man sich ja schon mal auf das Demnächst-kommunistische-Staatswesen, die tolle Räterepublik, die Internet-Revolution oder die Apokalypse freuen kann. Und genauso wenig darum, sich in der eigenen Einflusslosigkeit, den eigenen Soundsystemen einzurichten.

Was sagen die anderen? Was macht den Charakter von *Jungle World* aus?

Beier: Anfangs dachte ich, man müsste die Reste der so genannten Sozialen Bewegungen zusammenführen, aber auf einem radikalen Level: Du beziehst dich auf die sozialen Bewegungen, kritisierst sie aber in ihrer Beschränktheit. Früher hattest du noch eine innere Verbindung der Bewegungen über einen antikapitalistischen, einen Anti-Entfremdungs-Reflex. Kurz, sie sagten: Ein anderes Leben muss her, innerhalb dieser Verhältnisse ist nur Überleben möglich. Dieser Impuls ist in Deutschland spätestens Ende der achtziger Jahre verloren gegangen, und die Bewegungen stehen nun völlig unvermittelt nebeneinander. Seit dem Amtsantritt von Rotgrün hat sich das noch verschärft. Nun ist eine Polarisierung innerhalb der Bewegungsreste angesagt: Wer lässt sich für die Interessen des deutschen Staates einspannen und wer nicht.

Als strategische Optionen könnten zwei Sachen in Betracht kommen. Zum einen die Debatten, die auf einer reformistischen Ebene von Bourdieu und anderen angestoßen werden. Bourdieu sagt, dass das gesellschaftliche Umfeld, in dem man sich seit Beginn der achtziger Jahre bewegt, der konservativen Revolution entspricht - in Analogie zu den dreißiger Jahren. Vermutlich sieht es noch schlimmer aus, weil die Individuen nach neuen, vom Spektakel geprägten Mustern funktionieren. Geh in den Supermarkt der Kulturindustrie, bediene dich mit einer vorgefertigten Identität und genieße grenzenlos, heißt das Motto. Real aber sieht es so aus, dass alle arbeiten wie die Verrückten - keineswegs nur in einem Projekt wie der *Jungle World* - und eine völlig durchgeknallte Welt produzieren. Da hatten wir als strategische Option immer die Kritik der Arbeit. Zum andern dürfte es Sinn machen, die Versuche der Vergangenheit, die Warengesellschaft in Ost und West zu überwinden, genauer unter die Lupe zu nehmen. Und da prallt man natürlich auf die, die immer noch in der Konstellation des Kalten Krieges hängen, die sich bereits 1968 gegenüber der aufständischen Bewegung blamiert hatte.

Wir haben jetzt zwei Bestandsaufnahmen: Die Linke ist organisatorisch und ideologisch zerfleddert, und der *Jungle World* ist es in den vergangenen drei Jahren gelungen, sich trotz und in dieser Zerfleddertheit als linke Zeitung zu etablieren. Das gelang unter anderem, weil man sich einer starren Positionierung und Parteinahme innerhalb des - ohnehin dynamisierten - linken Koordinatensystems verweigerte und stattdessen Debatten initiierte oder aufgriff. Wie geht das weiter: neue Themen, neue Formen, neue Leser? Beispiel: Die Technologie-Debatte, könnte die ein neues Feld politischer Intervention sein?

Runge: Natürlich sind solche Technologie-Debatten oder der ganze Komplex Soziobiologie wichtig geworden. Erstmal stellt das eine linke Kritik aber vor ein gewisses Problem, einfach deshalb, weil sich die Linke als Wahlfach die Sozialwissenschaften und neuerdings die Kulturwissenschaften ausgesucht hat. Und die Tatsache, dass plötzlich alle über Gentech reden, stellt Leute, die um die Biologie bisher einen weiten Bogen gemacht haben, auch vor ganz praktische Probleme. Keiner kennt sich richtig aus, die andere Seite natürlich auch nicht - aber klar ist der Rassist erst mal glücklich, dass er sich jetzt wieder übers Bio-Buch beugen kann -, und diejenigen, die sich mit dem ganzen Thema seit längerem beschäftigt haben, tun dies

unabhängig von politischen Milieus und Links-Politiken. Wie kriegt man da denn Diskussionen und Positionen hin, die exklusiv links sind? Das Thema Gentech interessiert mich erst mal so wenig wie das AKW-Thema, es steht aber nun mal auf der Tagesordnung. Interessant wird es wieder, wenn die großen Fragestellungen ins Spiel kommen, wie sie zum Beispiel Houellebecq in den Ring geworfen hat, darauf kann man einsteigen, wenn also jemand hingehet, alle geschichtlichen und soziologischen Prozesse in biologische transformiert, solche Gleichungen aufstellt wie Minirock + Jugendkultur = Euthanasie, und bei der FAZ kriegen sie sich gar nicht mehr ein vor lauter Glück, dass es endlich mal jemand gesagt hat.

Landgraf: Die grundlegendere Diskussion wäre die Frage, was heute noch unter Emanzipation zu verstehen ist. Die Reste der alten linksradikalen Bewegung konstatieren eine Totalität, die sich mittlerweile durchgesetzt habe - die Warengesellschaft ist total geworden, die Welt ein einziger Supermarkt. Die Zweite Natur ist abgeschlossen, es gibt keinen Fortschritt mehr. Die Aufklärung hat den Löffel abgegeben. Stattdessen tauchen technizistische Visionen auf: eine Zukunft, in der die Menschen mit Hilfe der neuen Technologien eine künstliche Welt, die Dritte Natur, erschaffen. Damit wird auch das emanzipatorische Projekt der Aufklärung obsolet: Dass durch ein revolutionäres Subjekt eine befreite Gesellschaft hergestellt werden kann. An diese Stelle tritt der Benjaminsche Engel der Geschichte, der, anstatt auf eine bessere Zukunft zu verweisen, die Geschichte rückblickend nur noch als eine Abfolge von Katastrophen entziffert. Was übrig bleibt, ist ein hilfloses Pendeln zwischen dem Gestus des *anything goes* und der Hoffnungslosigkeit.

Eine Antwort auf dieses Dilemma, die immer häufiger auftaucht, besteht darin, eine Art Gegenmoderne auszurufen. Hier trifft sich übrigens ungewollt der bürgerliche Kulturpessimismus mit einer linken Gesellschaftskritik. Dies zeigt sich in der Gentech-Debatte. Aber auch in den Anti-IWF-Kampagne, wo die Gegner des globalen Kapitalismus plötzlich von Reaktionären wie Pat Buchanan oder Charles Pasqua umarmt werden.

Beier: Aber es gibt doch ein Unterscheidungskriterium zwischen bürgerlichem Kulturpessimismus und radikaler Kritik: Wird die gesellschaftliche Totalität, also Warenproduktion und Staat, in Frage gestellt oder nicht? Und dann muss man unterscheiden zwischen einem Fortschrittsbegriff, der sich in der technologischen Modernisierung erschöpft, und einem gesellschaftlichen Fortschritt im Sinne von Emanzipation. Wenn sich das alte Glücksversprechen des Bürgertums in eine katastrophische Techno-Vision aufgelöst hat, kann man immer noch zu den Ursprüngen in der Französischen Revolution zurückgehen und sagen: »Das Glück ist immer ein neuer Gedanke.«

Das ist ein Stichwort, das auch schon in der Zeitung aufgetaucht ist: Dass sich eine emanzipatorische Gegenmoderne bilden muss, um die Durchsetzung der Dritten Natur, eines totalitären Kapitalismus zu verhindern.

Landgraf: Das ist perspektivisch die entscheidende Frage: Was bedeutet heute Fortschritt, wie und von wem werden diese Kategorien definiert und benutzt. Dann gibt es noch eine ganz andere »Gegenmoderne«: die Nazis, die sich mittlerweile mit dem bewaffneten Kampf beschäftigen und auf das stille Einverständnis großer Teile der Gesellschaft vertrauen können. Hier ist die Auseinandersetzung auch eine praktische Frage: Wer sind unsere Bündnispartner, mit wem können wir gemeinsam den Kampf führen, wie wollen wir vorgehen?

Gibt es auch noch konkretere Ziele?

Landgraf: Der Blick über den deutschen Tellerrand muss natürlich auch organisiert werden. Wir wollen die Kooperation mit Zeitungen und Projekten außerhalb Deutschlands erweitern. Neben vermehrten Beiträgen in der Zeitung planen wir, dafür eine eigene Online-Redaktion aufzubauen.

Söhler: Aber erst mal wollen wir feiern. Und dann fahren wir im September nach Italien. Der Kampf gegen die Arbeit muss schließlich auch noch geführt werden.